

unserem Befreiungswerk, das auf die Wiedergewinnung Kuweits gerichtet ist, abzuhalten“ (L'Orient, 15. 9. 61). Das war wenigstens indirekt gegen die Engländer gerichtet. Später beschuldigte Kassem namentlich England, hinter den Kurdenunruhen zu stehen. Die englische Regierung wies dies in einem offiziellen Protest in Bagdad zurück.

In der Tat kam der Kurdenaufstand den Engländern gelegen, denn dieser hinderte Kassem vielleicht wirklich daran, das von ihm geforderte Schechtum Kuweit zu besetzen. Dagegen spricht aber, daß die Barazanis ihr Geld vornehmlich aus Moskau nehmen, während die Zibaris, die lediglich Opfer der Unruhen waren, zu den traditionellen Freunden der Engländer gehören. Wenig wahrscheinlich ist auch, daß Mustafa Barazani im November 1960 in Moskau nicht die erwünschte Unterstützung gefunden hat und daher zu den Engländern überwechselte. Barazani weiß recht gut, daß die Zeit der Engländer im Irak vorbei ist.

Auch die naheliegende Annahme, daß die Perser sich für die Behinderung der persischen Schifffahrt in Abadan revanchierten, scheidet wohl aus, denn die Barazanis stehen ja auf der Seite der Gegner des gegenwärtigen Regimes in Persien und paktieren dort mit den Kommunisten und der Tudeh-Partei. Die arabischen kommunistischen Parteien gewährten den Kurden zwar Propagandahilfe, doch erhielten diese angeblich keinerlei direkte Unterstützung aus Moskau. Kassem, auf einer Pressekonferenz befragt, ob die Sowjetunion an dem Aufstand beteiligt gewesen sei, umschrieb die Situation wie folgt: „Es steht nicht fest, daß Verbindungen zwischen der Sowjetunion und den Meuterern bestanden, aber es steht fest, daß die Regierung Großbritanniens und andere Kreise hinter jener Bewegung steckten.“ Vielleicht ist das so zu ver-

stehen, daß die Zibaris von den Engländern gegen die Barazanis — d. h. Kassem's augenblickliche Gegner — unterstützt wurden, während Moskau die Barazanis nur im Stich ließ. Immerhin hätten die Engländer dann Kassem mehr geholfen als die Russen. Die „anderen Kreise“ nannte Kassem nicht. Gewiß ist es möglich, daß König Saud und der Schech von Kuweit zu ihrer Entlastung in der Kuweitkrise sich bei den Kurden engagierten. Da die Kuweitkrise aber erst im Sommer 1961 und reichlich überraschend kam, kann dies erst zu einem relativ späten Zeitpunkt geschehen sein. Es gibt aber auch eine ganz andere Möglichkeit — um an dieser Stelle die Spekulationen um eine neue zu vermehren —, nämlich die, daß es einen Kurdenaufstand im Sinne Kassem's überhaupt nicht gegeben hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Barazanis mit Billigung der Russen oder auch der Chinesen nur ihre Ansprüche auf eine politische Führerschaft gegenüber den anderen Stämmen durchsetzen wollten und daß sie, als ihnen dies gelungen war, von der irakischen Regierung, der diese Situation zu gefährlich wurde, angegriffen wurden. Der Generalstreik war dann vielleicht nur die Reaktion auf einen Angriff Kassem's gegen die Kurdische Demokratische Partei.

Das Kurdenproblem bleibt also ungelöst. Kassem kann schlechterdings die Kurden nicht ausrotten, er kann sie auch auf die Dauer nicht so behandeln, wie dies bisher geschah. Der einzige Erfolg des Aufstandes, falls man von einem solchen überhaupt reden darf, war eine Erklärung des irakischen Erziehungsministers, daß in den kurdischen Schulen, in denen die Unterrichtssprache Arabisch ist, von nun an zwei weitere Pflichtstunden in kurdischer Sprache gegeben werden müssen. Die bisherige Erfahrung spricht dafür, daß auch in Zukunft nicht allzu viele kurdische Kinder Schulen besuchen werden.

Hirtenworte in die Zeit

Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe anlässlich des Erscheinens von „Mater et magistra“

Am 6. November 1961 hat der österreichische Episkopat in einem gemeinsamen Sozialhirtenbrief die in Mater et magistra (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 536 ff.) entwickelten Weisungen, insbesondere zur Frage der Vergesellschaftung, zum Agrarproblem und zur Struktur der industriellen Arbeitswelt, expliziert und auf die besonderen Verhältnisse seines Landes angewandt. Das Schreiben, das der Seelsorge als Grundlage zur sozialen Bildungsarbeit dienen soll, wurde Anfang Dezember in den österreichischen Kirchenblättern publiziert und hat folgenden Wortlaut:

Anlässlich des 70-Jahr-Gedenkens der ersten großen Sozialzyklika ließ unser Heiliger Vater, Papst Johannes XXIII., eine neue Sozialzyklika erscheinen. Sie beginnt mit den Worten *Mater et magistra*, d. h. Mutter und Lehrerin. Die Kirche, so erklärt der Papst, ist Mutter und Lehrerin aller Völker. Diese neue Enzyklika hat einen weltweiten Gedankenflug. In ihr setzt der Papst das Wirken seiner Vorgänger fort, erweitert und vertieft es. Er wendet die Lehre früherer Päpste auf die Gegenwart an. Auf die Gegenwart, in der die soziale Frage ein neues

Gesicht bekommen hat. War nämlich früher die soziale Frage vor allem eine Arbeiterfrage, so ist sie jetzt zur Frage nach der richtigen Gesellschaftsordnung überhaupt geworden, in der auch die Landwirtschaft eine große Bedeutung hat. War die soziale Frage früher eine Angelegenheit innerhalb der Klassen und Stände, so ist sie jetzt eine Angelegenheit zwischen den Völkern geworden, die also die Grenzen eines Staates übergreift und sich auf das Ganze der Welt erstreckt.

Wir wollen nun die Lehren des neuen Weltrundschreibens auf unser Land anwenden und im einzelnen von drei Gebieten sprechen: von der fortschreitenden Vergesellschaftung, von der Agrarfrage, schließlich von der Struktur der industriellen Arbeitswelt.

Menschliche und christliche Note der Gesellschaft

Der Papst spricht von einer fortschreitenden Vergesellschaftung. Was ist Vergesellschaftung? Nun, die lebendigen Gemeinschaften, wie Familie, Nachbarschaft, werden immer mehr eingeengt. Dafür gewinnen die technischen Anlagen, die Großbetriebe, die genormten Massensiedlungen an

Boden. Die Zwangsorganisationen weiten sich aus, die Steuern und Ämter wachsen. Man erfährt diese Dinge z. B., wenn man etwa ein Siedlungshäuschen bauen will. Man muß einer Siedlungsgenossenschaft beitreten, man braucht Bauerlaubnisse, man muß eine Reihe Eingaben machen, um die staatliche Wohnbauhilfe zu erhalten usw.

Diese Vergesellschaftung bedeutet Hilfe und Einschränkung zugleich. Das geht aus dem eben genannten Beispiel hervor. Das gleiche ergäbe sich in tausend anderen Beispielen. Man muß sich mit einiger Bangigkeit fragen, ob der Einzelmensch nicht in der Handlungsfreiheit immer mehr eingeschränkt werde; ob ihn sein Berufsmilieu nicht immer abhängiger mache; ob ihm überhaupt noch eigene Initiative und Verantwortlichkeit bleiben. Und schließlich, ob der Mensch nicht zum Automaten entwürdigt werden könnte?

Der Papst spricht den ersten Satz aus: „Die Kirche findet sich heute vor der ungeheuren Aufgabe, der modernen Zivilisation und Kultur eine menschliche und christliche Note zu geben; eine Note, die diese Zivilisation selbst für ihre positive Entwicklung und schon für ihr Dasein erbittet und gleichsam fordert“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 256; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 557]. Diese christliche Note muß auch der Vergesellschaftung gegeben werden, damit die Gefahr, daß Menschen zu Automaten gemacht werden, abgewehrt werde.

Was ist nun zu tun? Zunächst müssen die Staatslenker das Gesetz der Subsidiarität beachten. Dieses Gesetz fordert, daß die je höhere Gemeinschaft nur dort eingreift, wo die kleinere Gemeinschaft die Aufgabe nicht mehr lösen kann. Sodann sind die natürlichen Lebensgemeinschaften und die Gesinnungsgemeinschaften zu fördern, d. h. also die Familie, die Gemeinschaft des Dorfes, die Schule eben in ihrer Eigenschaft als Gesinnungsgemeinschaft. Schließlich sind die leistungsgemeinschaftlichen Zwischengebilde, also Betriebe, Produktionsstätten usw., zu entfalten, so jedoch, daß diese Leistungsgemeinschaften ihre Mitglieder als Menschen mit eigener Aktivität und Verantwortung behandeln.

Daher müssen wir für unser Land den Nachdruck auf folgendes legen: Die Familie steht unter der Gefährdung, daß sie als Gesinnungsgemeinschaft schwindet. Wir empfehlen daher den Brautleuten, daß sie an Brautleutetagen, die in steigendem Maß gehalten werden, teilnehmen. Die Familie steht weiter unter der Gefahr, daß sie als Lebensgemeinschaft zerfällt. In steigendem Maß geht die Frau und Mutter in hauptamtlichen Verdienst. In nicht wenigen Fällen stehen beide Eltern aus Gründen des gehobenen Wohlstandes in Verdienst. Es tritt daher an den Staat die Aufgabe heran, solchen Müttern, die nicht in Verdienst stehen und ihre Kinder selbst betreuen, eine Mutterbeihilfe zu gewähren. Hier besteht bereits ein Grund, ein Wort des Dankes auszusprechen. Unser Parlament hat im vergangenen Jahr solche Mutterbeihilfen anfangsweise beschlossen. Ist es auch erst ein Anfang, so hoffen wir, daß die Ausweitung nachfolge, sobald es die staatlichen Mittel erlauben. Aber die Familie wird noch von einem weiteren Mangel betroffen. Hilfskräfte in Zeiten der Krankheit usw. sind immer weniger zu bekommen. Immer weniger junge Mädchen wählen den Fürsorgeberuf.

Wir sprechen an die weibliche Jugend die Einladung aus, sich wieder in vermehrtem Maß den echt fraulichen Berufen und den Fürsorgeberufen zumal zuzuwenden.

Sodann: die Schule muß wieder in höherem Ausmaß gesinnungsbildende Gemeinschaft werden. Dies gilt nicht nur für die Pflichtschulen, sondern besonders auch für die weiterbildenden Berufs- und Fachschulen. Gerade in diesem Alter bedarf der Mensch weiterer religiöser und sittlicher Schulung. Man möge hier alte Vorurteile, von welcher Seite sie auch kommen, ruhig fallenlassen. Die Zeiten haben sich geändert. In dieser fortschreitenden Vergesellschaftung mit ihren Zwangsorganisationen tritt eine wachsende Verarmung an Gesinnungsbildung und zwischenmenschlicher Solidarität ein.

Jede gesinnungsbildende Kraft bedeutet daher einen Gewinn. Und gesinnungsbildende Kraft hat der Religionsunterricht.

Wir möchten im besonderen die Orden einladen, auch in unserem Lande gesinnungsbildende Berufsschulen zu errichten. In anderen Ländern bestehen deren schon eine schöne Zahl. Erst in solchen Schulen wird es möglich sein, im Bewußtsein der jungen Generation „die Hierarchie der Werte wach und wirksam zu halten“, wie der Papst es fordert. Denn sonst, so sagt der Papst, trete immer wieder „der deutliche Gegensatz zwischen dem unermesslichen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und einem erschreckenden menschlichen Rückschritt auf“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 243; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 556]. Sonst wird immer wieder das alte Psalmwort wahr, das heißt: „Simulacra gentium argentum et aurum, opera manuum hominum.“ Welches Wort man heute so übersetzen kann: „Die Götzenbilder der Heiden sind ihre eigenen Werke, nämlich Technik und Fortschritt.“

Soll sich der junge Mensch gut weiterentfalten, so ist sodann die Lösung des Wohnungsproblems nötig, damit zur gegebenen Zeit ein Hausstand gegründet werden könne. Hier ist zweifellos vieles geschehen, aber nicht genug. Die rechtliche Neuordnung des Althausbesitzes wurde nicht in Angriff genommen. Daraus entstehen schwere Mißstände. Immer wieder wird berichtet, daß in Österreich 40 000 Wohnungen leerstehen. Sosehr dies eine Anklage gegen die Wohnungsbesitzer ist, die ihre Wohnung ohne hinreichenden schweren Grund leerstehen lassen, so ist es doch auch eine Anklage gegen die Gesetzgebung, die solche Zustände mangels gesetzlicher Neuregelung nicht überwindet. Für den Althausbesitzer kann nicht selten der Eindruck entstehen, daß er dafür bestraft wird, wenn er Wohnungen vermietet.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf das Jugendwohnsparen hin. Wer hier mittut, verschafft sich steuerliche Begünstigung. Wir laden also die jungen Menschen ein, sich daran zu beteiligen. So bauen sie an ihrer Zukunft. Wir laden alle Geldinstitute ein, Sparbücher für das Jugendwohnsparen auszugeben und zu verbreiten.

Diese Initiativen können ausgeweitet werden durch sozial richtige Anfangslöhne und Gehälter, die bis vor kurzem in spürbarem Ausmaß zu niedrig waren, was besonders bei den Anfangsgehältern gilt. Diese Initiativen sind abzuschließen durch Ermöglichung von echter Vermögensbildung und Vermögensstreuung. Nach der Lehre der Päpste darf ja das stark vermehrte Kapital nicht in den Händen weniger bleiben, sondern alle sollen daran entsprechenden Anteil erhalten. Auch hier wurden glückliche Anfänge gemacht, z. B. durch die Einführung der Volksaktien. Solche Anfänge sind auszuweiten, damit der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer mehr gemildert werde. Zur Überwindung dieser Gegensätze

sind nach der Lehre des Papstes Berufsverbände und Gewerkschaftsbewegungen, soweit sie die Freiheit des Gewissens achten, von großer Bedeutung. Diese werden besonders dafür sorgen, daß der Stimme des Papstes Gehör gegeben wird, der wörtlich sagt: „Wenn der Ertrag wächst, dann verlangen Gerechtigkeit und Billigkeit, daß auch der Arbeitslohn in den Grenzen, die das Gemeinwohl zuläßt, erhöht wird“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 112; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 545].

Durch die Gesamtheit dieser Mittel wird ohne Zweifel gesunde Ordnung und christliche Strahlkraft in den modernen Gesellschaftskörper einströmen, werden die schädlichen Kräfte gehemmt und die Entfaltung der freien Persönlichkeit gesichert.

Die Agrarfrage

Die Agrarfrage besteht in Österreich nicht mehr, wie in den vergangenen Jahrzehnten, in einer übermäßigen Verschuldung, wohl aber darin, daß der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung, besonders der Bergbauern, weiterhin niedriger bleibt als der der anderen Stände; daß zum Teil unzulängliche Preise für die Erzeugnisse bezahlt werden; daß die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht selten schlechte Wohnverhältnisse haben, teilweise sogar die Bauern selbst. Daher geht eine Landflucht in doppelter Form vor sich: einmal die Landflucht durch Abwanderung in die Industrie, zum andern die Landflucht durch Abwanderung in einen anderen Beruf, nämlich in den Fremdenverkehr. Diese doppelte Landflucht droht so groß zu werden, daß in manchen Gebieten die bäuerliche Arbeit nicht mehr getan werden kann; es unterbleibt zum Beispiel auf Wiesen, die nicht gut gelegen sind, der Grasschnitt und anderes mehr.

Unter diesen Einflüssen bilden sich drei verschiedene Dorftypen, das bäuerliche Dorf, wie bisher; sodann das Mischdorf, in dem sich die Bewohnerschaft auf Bauern, Arbeiter, Angestellte usw. verteilt; das Fremdenverkehrsdorf, in dem ein Großteil der Bewohner dem Fremdenverkehr und seinen Bedürfnissen dient.

Was ist nun nach der Lehre der Enzyklika zu tun? Wir dürfen für die Verhältnisse unseres Landes folgendes festhalten:

Erstens: Ein Einfluß der Staatslenkung auf harmonische Entwicklung aller Produktionszweige tut not. Es darf nicht die Industrie allen anderen Produktionszweigen zu weit vorausseilen. Die Staatsführung hat die Aufgabe, die Landwirtschaft im harmonischen Verhältnis zur Industrie durch produktionstechnische Reformen anzuregen und zu fördern.

Zweitens: Bei der Natur der landwirtschaftlichen Arbeit ist ein gewisser *Preisschutz* notwendig. Auch dazu braucht man die steuernde Hand des Staates. Das Lehr Rundschreiben des Papstes sagt, es sei zwar richtig, daß der Preis der lebensnotwendigen Produkte so gehalten werden muß, daß er der Gesamtheit der Verbraucher zugänglich bleibe. Es fährt jedoch wörtlich fort: „Doch ist es klar, daß man einen solchen Grund nicht anführen kann, um eine ganze Schicht von Bürgern in einen dauernden Zustand wirtschaftlich-gesellschaftlicher Unterlegenheit hineinzuziehen, indem man ihr die für ihre würdige Lebenshaltung unbedingt notwendige Kaufkraft versagt; das steht im klaren Gegensatz zum Gemeinwohl“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 140; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 548]. Dabei ist zu bedenken, daß auch die Industrie auf die Landwirtschaft angewiesen ist. Nicht nur dadurch,

daß der Landmann die Nahrungsmittel erzeugt, deren alle bedürfen. Nein auch dadurch, daß eine gutgehende Landwirtschaft ein viel besserer Abnehmer der industriellen Erzeugnisse ist und sein kann.

Drittens: Die bäuerlichen Vertreter mögen auf folgende Punkte besonders achten: auf richtige Kreditpolitik zugunsten der Landwirtschaft, auf Ermöglichung produktionstechnischer Verbesserungen; auf genossenschaftlichen Zusammenschluß zum Zwecke des Absatzes und der Weiterverarbeitung von Rohstoffen. So könnten in Waldgebieten oft durch Weiterverarbeitung des Rohstoffes, nämlich des Holzes, heimische Produktionsgenossenschaften und Industrien entstehen, die die Arbeitsmöglichkeiten der Bevölkerung glücklich ergänzten. Die Dorfbürgermeister aber werden besonders darauf zu achten haben, daß im Mischdorf alle Berufsstände im Gemeinderat gerecht vertreten sind; daß die Fremdenverkehrsdörfer sich nach dem Ziel, Erholungsdorf zu werden, ausrichten.

Viertens: Jeder Jungbauer und Bauer wird danach trachten, sich durch gute Berufsausbildung in landwirtschaftlichen Schulen und weiteren Kursen der Gegenwartsaufgabe des Bauernstandes gewachsen zu zeigen, so daß der ganze Bauernstand seiner neuen sittlichen Aufgabe gerecht werden könne, Nährstand nicht nur des Volkes, sondern Nährstand der Welt zu sein.

Die Struktur der industriellen Arbeitswelt

Wenn wir zur industriellen Arbeitswelt übergehen, möchten wir nicht unterlassen, zuvor zugunsten des *Gewerbes* ein Wort zu sagen. Das Gewerbe gehört zum Mittelstand und ist so ein staaterhaltendes Element. Ein Absinken zum Kleingewerbe wäre eine Gefährdung des Allgemeinwohls. Echte Förderung ist daher angezeigt. Desgleichen wird es für den Staat wichtig sein, die noch bestehenden freien Berufe nicht weiter zu beschneiden. Aus der rechten Vielfalt der einzelnen bildet sich die Harmonie des Ganzen.

Nun zur *industriellen* Arbeitswelt: Zahlreiche Beobachter bemerken vom österreichischen Unternehmer, daß er den sozialen Anliegen im allgemeinen wohlwollend und geöffnet gegenübersteht, daß er aber Strukturänderungen gegenüber zurückhaltend ist; wir möchten daher an unseren Sozialhirtenbrief von 1956 erinnern [vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 180 ff.]. Darin hatten wir vom Partnerschaftssystem in der Industrie gesprochen und angeführt, in der Partnerschaft gehe es praktisch um Mitverantwortung, Mitsprache und Mitbeteiligung. Daraus erwachse aus einem früheren Gegeneinander von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein echtes Miteinander, das sogenannte *Wir* des Betriebes.

Heute können wir feststellen: Der Papst spricht in seinem Lehr Rundschreiben von *Partnerschaft* und ebenso von dieser Mitverantwortung, Mitsprache und Mitbeteiligung. Bei der Unternehmensstruktur verlangt er wörtlich, daß „die Menschen in der Entfaltung ihrer produktiven Tätigkeit die Möglichkeit finden, selbst Verantwortung zu tragen und ihr eigenes Sein zu vervollkommen“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 82; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 543]. Bei der Mitverantwortung ist also zugleich das Verlangen nach Entfaltungsmöglichkeit ausgesprochen. Der Papst fordert weiter, daß die Arbeit von allen Gliedern des Unternehmens nicht nur als Erwerbsquelle, sondern als Dienst und Pflichterfüllung aufgefaßt werde.

„Das aber bedeutet“, sagt der Papst wieder wörtlich, „daß die Arbeiter ihre Stimme geltend machen und ihren Beitrag zum guten Funktionieren und zur Entwicklung des Unternehmens leisten können“ [*Mater et magistra*, deutsche Ausgabe 92; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 544].

Der Papst zitiert dann noch zustimmend Pius XI., wonach dieser für die großen Unternehmen gefordert hat, den Arbeitsvertrag durch Elemente des Gesellschaftsvertrages zu ergänzen. Da unter Gesellschaftsvertrag ein Vertrag unter Gleichberechtigten verstanden wird, ist damit eine Mitbeteiligung wesensgemäß gegeben. Johannes XXIII. legt dies besonders für Fälle der Selbstfinanzierung nahe. In solchen Fällen sei die Arbeit nicht einfach durch Lohn abgegolten, da der Arbeitsertrag den Ausbau des Unternehmens mitfinanziert.

Damit hat der Papst selbst alle Elemente des Partnerschaftsbetriebes genannt und gebilligt. Doch bestehen in Österreich leider nur sehr wenige Partnerschaftsbetriebe, während es deren in Deutschland schon viele gibt.

Immerhin ist seit unserem letzten Sozialhirtenbrief einiges geschehen. Es ist uns gelungen, inzwischen die Katholische Arbeiterbewegung auszuweiten, die zur Wiederverchristlichung des Arbeitsmilieus gegründet wurde. Ferner konnten wir in Wien eine Sozialakademie ins Leben rufen. Diese hat zwei Semester und ist ständig voll belegt. Die Arbeit der Sozialakademie ist für die Zukunft von großer Bedeutung.

Des weiteren können wir melden, daß in einigen Diözesen eine Arbeitsgemeinschaft christlicher Unternehmer, in einer ein christlicher Unternehmerverband geschaffen wurde. Hier beraten sich aufgeschlossene Unternehmer über die Probleme der modernen Betriebsführung und versuchen, ihnen gerecht zu werden. Die Betriebsaussprache gilt als geeignetes Mittel hierfür.

Zwischen Katholischer Arbeiterbewegung und christlichem Unternehmerverband wurden bereits glückliche Begegnungen durchgeführt. Es ist etwas ganz Neues, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch nicht sich gegenüber sitzen, sondern zusammensitzen, und von ihren Berufsangelegenheiten und Sorgen sprechen. Wir ermuntern unsere Mitbrüder im Priesteramt, dieses wichtige Apostolat nach Kräften zu fördern.

Aus der Begegnung zwischen Arbeiterbewegung und christlichem Unternehmerverband könnte die christliche Sozialbewegung entstehen, die wir brauchen und die uns das Sozialziel erreichen läßt, das die Gegenwart fordert. Dies Ziel aber ist die allgemeine Wohlfahrt in geordneter Freiheit. Beide Seiten, Unternehmer und Arbeiter, seien aufgefordert, sich für dieses Ziel einzusetzen.

Damit sich die soziale Neuordnung aber auf weltweiter Ebene verwirkliche, spricht der Papst noch von der Verpflichtung, die wir gegenüber den *Entwicklungsländern* haben. Er macht aufmerksam, daß ein dauerhafter Friede gar nicht möglich ist, wenn das Mißverhältnis in der wirtschaftlichen und sozialen Lage unter den Völkern schneidend groß ist. Der Papst lehrt daher, daß ein jeder von uns, besonders aber die Wohlhabenden, sittliche Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern tragen. Wir alle müssen an der Verwirklichung des Weltgemeinwohls mitarbeiten.

Lassen wir uns dies zum Ansporn sein, daß wir an der Aktion „Bruder in Not“, die gegenwärtig in Österreich durchgeführt wird, gerne teilnehmen, daß wir eine hochherzige Spende leisten. Was wir spenden, wird als vielfacher Segen zu unserem eigenen Land zurückkehren.

Schluß

Liebe Katholiken! Wir möchten euch abschließend daran erinnern, daß das Christentum immer und von den Anfängen an mit Gesellschaftsreform zu tun hatte. Das jüdische Volk war zur Zeit Christi mannigfach gespalten. Es gab die Pharisäer und Sadduzäer; die Romfreunde, die Romgegner; es gab die Armen und die Reichen wie immer; es gab die Gebildeten und die Ungebildeten; es gab die einheimischen Juden und die Hellenisten; kurz, das Ganze bot das Bild einer zerklüfteten Gesellschaft. Nun kam das junge Christentum. Von ihm steht geschrieben: „Die Menge der Gläubigen war *ein* Herz und *eine* Seele. Gab es doch keine Bedürftigen unter ihnen“ (Apg. 4, 32 a u. 34 a). Man sieht, aus der zerklüfteten Gesellschaft war eine echte Gemeinschaft geworden.

Wir wollen Gott den Vater durch unsern Herrn Jesus Christus bitten, daß auch wir heutigen Christen eine gleiche gesellschaftsbildende Kraft erweisen, zur Ehre Gottes und zum Wohl des Volkes.

Die Adveniat-Aktion der deutschen Bischöfe

Die zu ihrer Jahreskonferenz vom 28.—31. August 1961 in Fulda versammelten Bischöfe haben in einem Hirtenwort zur religiösen und sozialen Lage in Lateinamerika Stellung genommen und zu einer großen Hilfsaktion durch das katholische Volk aufgerufen. Das Hirtenwort, das in allen katholischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland in allen Gottesdiensten am 1. Adventssonntag, dem 3. Dezember, verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Zum ersten Adventssonntag dieses Jahres 1961 richten wir deutschen Bischöfe euren Blick auf den Erdteil Mittel- und Südamerika, genannt Lateinamerika. Dieser Erdteil ist mehr als zweimal so groß wie Europa und Rußland zusammengenommen, und in ihm wohnen ungefähr 200 Millionen Menschen. Etwa die Hälfte von diesen ist in wenigen, meist Riesenstädten zusammengeballt, die an-

dere Hälfte lebt zerstreut über das weite Gebiet hin, bei Entfernungen und Wegeschwierigkeiten, wie wir sie uns kaum vorstellen können.

I

Ihr wißt aus den Zeitungen, daß zahlreiche Länder dieses Erdteils von Regierungsablösungen, Aufständen und Revolutionen in Atem gehalten werden. Der tiefere Grund dafür sind die fast unerträglichen sozialen Spannungen: in den Städten die Arbeitermassen mit ungenügenden Lohn- und Versorgungsverhältnissen; außerhalb der Städte ein mehr als armseliges Landproletariat. Dazu eine kleine Schicht von Reichen, ja Überreichen. Wenn irgendwo, dann gilt in Lateinamerika das Wort aus der jüngsten Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII., daß es mancherorts einen Gegensatz gebe zwischen äußerstem Elend